

Die Schwäche des Rechtsstaats ist die Stärke der Islamisten. Geschlechterdemokratie und politischer Islam in der arabischen Welt

MARTINA SABRA

*»Die Frauen haben immer gewusst,
dass die Zukunft in der Zerstörung der Grenze liegt;
dass das Individuum geboren ist,
um respektiert zu werden.«*

(Fatima Mernissi: Die Angst vor der Moderne)

Realer Frauenalltag versus Klischees

Frühjahr 2004: Für eine Reportage über die jüngste Familienrechtsreform in Marokko interviewt ARTE zwei marokkanische Frauen. Eine ist Khadija, um die 35 Jahre alt, aus bescheidenen Verhältnissen in Marrakesch. Sie trägt eine weinrote Djellaba, das lange traditionelle Gewand der Marokkaner, und ein schickes hellgraues Kopftuch. Vor kurzem hat sie mit ihren beiden Kindern ihren Mann verlassen. »Er wollte eine Sklavin«, erzählt sie. »Ich sollte den ganzen Tag zuhause sitzen, nur putzen, kochen und die Kinder hüten. Aber ich habe eine Ausbildung. Ich wollte arbeiten.« Die zweite Interviewpartnerin ist Fouzia, um die vierzig Jahre alt, am Swimmingpool ihres Elternhauses in Casablanca. Sie trägt einen Hosenanzug und das Haar offen. »Ich bin eigentlich Steuerberaterin, aber zur Zeit leite ich eine unabhängige linksliberale Frauenrechtsorganisation«, erzählt sie. »Ich bin nicht verheiratet, deshalb wohne ich bei meinen Eltern. Ich könnte auch allein leben, aber mir gefällt es so. Für mich ist meine Familie sehr wichtig.«

Was macht die beiden Interviews interessant? Sie zeigen auf unspektakuläre Weise, wie wenig das reale Leben vieler muslimischer Frauen den Klischees sowohl des »Westens« als auch konservativer Islamisten entspricht. Auf der einen Seite die verschleierte Khadija: sie signalisiert durch ihr Kopftuch zwar, dass sie sich bestimmten Glaubens- und Moralvorstellungen verpflichtet fühlt. Aber sie verweigert sich dem – nicht nur in islamisch-konservativen Kreisen verbreiteten – traditionellen Rollen-

modell und will sich nicht auf »Kinder, Küche, Koran« reduzieren lassen. Außerdem nutzt sie das neue marokkanische Familienrecht, das es ihr ermöglicht, sich nun auch als Frau auf eigene Initiative von ihrem Mann zu trennen. Auf der anderen Seite Fouzia: Sie ist westlich gekleidet, tritt für die Trennung von Staat und Religion ein. Dennoch sieht sie keinen Widerspruch zwischen ihrer Rolle als erfolgreiche Karrierefrau und der anständigen Tochter, die züchtig zuhause wohnt.

Keine Angst vor der Moderne

Das Beispiel zeigt: Frauen in arabischen Ländern haben – um mit der marokkanischen Sozialwissenschaftlerin und Schriftstellerin Fatima Mernissi zu sprechen – keine »Angst vor der Moderne«. Sie pochen auf ihre Identität, treffen ihre eigenen Entscheidungen, und sie nehmen – wie moderne Frauen überall sonst in der Welt – viele Rollen und Aufgaben gleichzeitig wahr. Sie sind nicht nur Musliminnen, nicht nur Frauen, nicht nur Mütter, sondern sie sehen sich als menschliche Wesen mit multiplen Interessen und komplexen Identitäten. Allerdings sind Frauen im arabischen Raum stark mit eindimensionalen Rollen-Zuschreibungen und vor allem mit geschlechtsspezifischer Diskriminierung konfrontiert. Eine Diskriminierung, die nicht nur jede einzelne Frau, sondern die arabischen Gesellschaften als Ganze trifft.

Verbesserte Lebensbedingungen, aber viele Blockaden

Zwar hat sich in den knapp fünf Jahrzehnten seit der Entkolonisierung der arabischen Welt die Situation von Frauen und Mädchen in der Region in vieler Hinsicht zum Positiven gewandelt. So erhielten Frauen und Mädchen in Ländern wie Ägypten, Syrien, Jordanien, Libanon, Palästina, Kuwait, dem Irak, Algerien und sogar in Saudi-Arabien in den 1960er Jahren zum ersten Mal in großer Zahl Zugang zu Schulen und Universitäten. »Wir können uns sicher nicht mit anderen Ländern vergleichen«, meint die Pädagogikprofessorin Fawziya Bakr Al-Bakr aus Saudi-Arabien, die sich seit 2004 als Mitglied des »Nationalen Dialogs« für Frauenrechtsreformen in ihrem Land einsetzt: »Aber immerhin haben heute nahezu sämtliche Mädchen bei uns Zugang zu Grundbildung. 99 Prozent der weiblichen Lehrerinnen sind Saudis, nicht mehr Auslän-

derinnen wie früher. Frauen arbeiten als Managerinnen in der Wirtschaft, und sie lehren an Schulen und Universitäten.« In Jordanien, Libanon und Palästina sind heute praktisch alle Mädchen alphabetisiert; an den Universitäten mancher Länder sitzen mehr Frauen als Männer, und selbst in »männertypischen« Studienfächern wie Ingenieurwissenschaften sind in einigen Staaten der arabischen Liga heute bis zu 40 Prozent Frauen eingeschrieben. Das macht sich bei der Wahl der Berufe bemerkbar: in Saudi-Arabien wurde unlängst die erste weibliche saudische Pilotin zugelassen, in Tunesien und Marokko machen Frauen Karriere beim Militär. Auch die Präsenz von Frauen auf den Arbeitsmärkten verschiedener arabischer Länder hat stark zugenommen. In Tunesien und Marokko sind rund ein Drittel der formal Erwerbstätigen Frauen, im informellen Sektor liegt der Frauenanteil noch höher. An den Geburtenraten lässt sich der soziale Wandel ebenfalls deutlich ablesen, wenn auch mit regionalen Unterschieden: Im Nahen Osten sind die Geburtenraten zwar eher mäßig zurückgegangen – möglicherweise wegen der dort immer noch sehr ausgeprägten Vorliebe für männliche Nachkommen, was die Frauen zwingt, so oft schwanger zu werden, bis ein Junge kommt. In Algerien dagegen verlief die Entwicklung dramatisch: binnen 20 Jahren sank die Geburtenrate auf ein Drittel, d.h. aktuell 2,7 Kinder pro Frau. Auch die Familienideale haben sich gewandelt. Die Familie genießt als soziales Netz zwar nach wie vor einen hohen Stellenwert, doch die Partnerschaften werden immer wichtiger und die Kleinfamilie entwickelt sich zunehmend zur Norm.¹

Sozialer Wandel – teils spontan, teils politisch gewollt

Ursache des oben beschriebenen sozialen Wandels waren einerseits bewusste politische Entscheidungen der nachkolonialen arabischen Regime, andererseits spontane Entwicklungen: allen voran die wirtschaftlichen Umbrüche, die rasante Weltmarktintegration und die Globalisierung, und die damit verbundene Verstädterung der arabischen Gesellschaften. Saudi-Arabiens Bevölkerung zum Beispiel war noch vor wenigen Jahrzehnten hauptsächlich rural: heute leben fast 90 Prozent der Saudis in Städten. In Marokko kehrte sich das Verhältnis Land-Stadt binnen weni-

1. Vgl. Fatima Oufreha: »Femmes Algériennes: la révolution silencieuse?« In: *Maghreb-Machreq*, No. 162 (1998) S. 57 ff.

ger Jahre um. Lebten in den sechziger Jahren über zwei Drittel auf dem Land, so konzentrieren sich heute über 60 Prozent in und um die großen Städte.

Von den Veränderungen profitierten Frauen und Mädchen in den arabischen Ländern allerdings unterschiedlich stark. In Marokko gibt es heute im Schnitt immer noch wesentlich mehr weibliche als männliche Analphabeten (landesweit können fast zwei Drittel der Frauen nicht lesen und schreiben), ähnlich steht es in Ägypten. Auch wurden trotz des massiven sozialen Wandels und der veränderten Rolle der Frau in der Gesellschaft in den meisten arabischen Staaten patriarchale Einstellungen kaum aktiv bekämpft und die religiös begründeten Personenstandsgesetzgebungen (Familie, Ehe, Erbrecht) wurden nirgendwo im Sinne der Frauen reformiert. Einzige Ausnahme: Tunesien. Hier entmachtete der Staatspräsident Habib Bourguiba 1956 die geistlichen Gerichte, schaffte die Polygamie ab und führte die gleichberechtigte Ehescheidung für beide Ehepartner ein. Später kam das Recht auf Abtreibung hinzu – zunächst bei medizinischer Indikation und hoher Kinderzahl, 1973 für alle Frauen mit Fristenlösung, ohne Einwilligung des Ehemannes.

Der tunesische Staatsfeminismus blieb jedoch ein Sonderweg. Zwar wurde das fortschrittliche tunesische Personenstandsrecht (CSP, Code du Statut Personnel) für viele liberale arabische Feministinnen eine wichtige Referenz; doch es entwickelte nicht die erwartete Strahlkraft und fand praktisch keine Nachahmer. In sämtlichen anderen arabischen Ländern blieben die frauenrelevanten Gesetze weit hinter dem realen sozialen Wandel zurück, ebenso wie die patriarchale Mentalität und die diskriminierenden Einstellungen gegenüber Mädchen und Frauen.

Frauenunterdrückung als »Nebenwiderspruch«

Viele politisch aktive Frauen in der arabischen Welt sahen in den sechziger Jahren nicht das Patriarchat als Hauptproblem, sondern den Imperialismus (in Gestalt des Palästina-Konflikts) oder die Klassengegensätze in ihren jeweiligen Ländern. Das Patriarchat, ebenso wie die verbreitete Frauenfeindlichkeit und sexistische Diskriminierung galten als »Nebenwiderspruch«. Erst Ende der siebziger Jahre und vor allem in den achtziger Jahren zeichnete sich ein Wandel ab – zum einen im Kontext der internationalen Frauenkonferenzen, aber auch als Reaktion auf die immer aggressiveren islamistischen Gruppierungen, die neben einer allgemei-

nen »Re-Islamisierung« zum Beispiel in Tunesien offen die Abschaffung des fortschrittlichen Familienrechtes forderten.

In Tunesien (Club Tahar Haddad 1978, ATFD 1989), Algerien (Untergrund-Feministinnen ab 1981), Marokko (ADFM 1985), Ägypten (Nawal Saadawi/AWSA) und Palästina (Frauenkomitees) begannen einzelne Frauen und Frauengruppen, sich aus ideologischen Korsetts zu lösen und explizit die Geschlechterfrage zu stellen. Sie verknüpften die Forderung nach Frauenemanzipation mit allgemeiner gesellschaftlicher und politischer Demokratisierung. Eine wesentliche Errungenschaft dieser Bewegung war die Enttabuisierung sexistischer und häuslicher Gewalt, die in den neunziger Jahren in die Gründung zahlreicher Frauenberatungszentren und sogar der ersten Frauenhäuser mündete.

Trotz ihrer Erfolge an der Basis blieben die Erfolge der »autonomen« arabischen Feministinnen begrenzt. Bis auf wenige Ausnahmen wie Algerien gelang es ihnen nicht, nennenswerte Teile der weiblichen Bevölkerungen für den Kampf um Frauenrechtsreformen zu mobilisieren. Zwar wurden in jüngster Zeit nach langen Debatten einzelne Gesetzesreformen zugunsten von Frauen verabschiedet (Wahlrecht in Kuwait 2005, Familienrechtsreform in Marokko 2004, Reformen im Erb- und Namensrecht in Tunesien). Doch diese Reformen waren mindestens ebenso sehr durch innen- und außenpolitische Erwägungen induziert wie durch die Lobbyarbeit regimenaher weiblicher Eliten. Autonome Frauengruppen fütterten zwar in vielen Fällen die gesellschaftliche Debatte mit Inhalten und sie trugen dazu bei, ein reformfreundliches gesellschaftliches Klima zu schaffen. Aus eigener Kraft wäre es ihnen aber wohl nicht gelungen, frauenfreundliche Gesetzesreformen durchzusetzen.

Zunehmender Legitimationsdruck

Säkular-liberale Kräfte – Menschenrechtsaktivistinnen, FeministInnen – die sich für Demokratie und Geschlechtergerechtigkeit einsetzen, sind in den arabischen Ländern in den letzten Jahren zunehmend unter Legitimationsdruck geraten. Dafür lassen sich einige Faktoren ausmachen, die über die Grenzen hinweg wirksam sind.

- Die überproportionale Armut und der niedrige Bildungsgrad führen dazu, dass Frauen und Mädchen ihre Rechte nicht wahrnehmen können und dies, trotz frauenfreundlicher Reformen wie im Jahr 2004 in Marokko.

- Die Abwesenheit von rechtsstaatlichen Strukturen und die verbreitete Korruption machen es schwer, Menschen für rechtsbezogene Themen zu mobilisieren.
- Die militärischen Aggressionen sowie wirtschaftliche Dominanz und Arroganz der USA führen zu einer Stärkung antiwestlicher Identitätsdiskurse und partikularistischer Weltanschauungen – säkulare, universalistische Ansätze werden geschwächt.
- Universal begründete Menschen- und Frauenrechtskonzeptionen werden von interessierter Seite (islamistische Gruppierungen, aber auch Regierungen) als »westlich« oder »imperialistisch« diffamiert – eine Tendenz, die sich seit dem 11. September 2001 verstärkt hat.
- Westliche Medien und Geberinstitutionen machen sich eine kulturalistische Perspektive auf die arabische Welt als a priori »islamisch« zu eigen und stellen die Zusammenarbeit mit angeblich »nicht repräsentativen« säkularen AkteurInnen der Menschenrechts- und Demokratiebewegungen in Frage.

Politischer Islam und Gender-Politik

Im 19. und 20. Jahrhundert war in der arabischen Welt die Rolle der Frau immer wieder Dreh- und Angelpunkt der großen Modernisierungsdebatten. Engagierte muslimische Frauen wie die Ägypterin Huda Shaarawi, aber auch Männer wie die liberal-säkularen Intellektuellen und Anti-Kolonialisten Tahar Haddad (Tunesien) und Qasim Amin (Ägypten) forderten Anfang des 20. Jahrhunderts die Entschleierung der Frau und den Zugang muslimischer Mädchen zu Bildung. Sie sahen darin eine wesentliche Voraussetzung für eine eigenständige, unabhängige Entwicklung der arabischen Welt.

Heute sind Frauen in der arabischen Öffentlichkeit selbstverständlich präsent und niemand stellt in Frage, dass sie die gesellschaftliche und politische Entwicklung wesentlich mit gestalten bzw. mitgestalten sollen. Doch wie ehemals sind Frauen oder besser das Bild, das man sich von Frauen macht, ein Hauptfaktor der politischen Debatten. Die Vorzeichen haben sich jedoch geändert. Nahm man Anfang des 20. Jahrhunderts an, durch das Abwerfen des Schleiers alle Probleme lösen zu können, so wird heute der Schleier als Allheilmittel propagiert. In der Hoffnung, durch die Rückkehr zu den angeblichen »Wurzeln« des Islams alle Probleme lösen zu können, richtet sich das Hauptaugenmerk auf

Symbole, die eng mit dem Körper der Frau verbunden sind. Die Debatten beschränken sich zumeist auf das Tragen des Kopftuches für Frauen, auf die räumliche Segregation der Geschlechter in der Öffentlichkeit sowie eine vage Rückkehr zu den »Quellen des Islams« und zur Scharia. In den achtziger Jahren forderten tunesische Islamisten unverhohlen und unter Androhung von Gewalt die Abschaffung des fortschrittlichen Personalstatuts und die Wiedereinführung von Polygamie und männlicher Vormundschaft über die Frauen. In Algerien gelang es Konservativen und Islamisten 1984, ein islamisches Familienrecht einzuführen, das für viele algerische Frauen einen erheblichen Rückschritt bedeutete; seither sind nahezu sämtliche Reformversuche am Widerstand konservativer und islamistischer Kräfte gescheitert. Auch in Jordanien stellten sich Islamisten in den vergangenen Jahren vehement Gesetzesreformen zugunsten von Frauen in den Weg.² In Palästina versucht die Hamas nach ihrem jüngsten Wahlsieg, den Schleierzwang für Frauen durchzusetzen und verbietet öffentliche Feste, bei denen Männer und Frauen gemeinsam traditionelle palästinensische Tänze tanzen.

Zwar hat ein Teil der islamistischen Bewegungen Frauen zu politischen Führungspositionen zugelassen (Marokko, Jordanien, Ägypten), und teilweise wurden sogar Quoten für Frauen eingeführt. Es gibt auch vereinzelt weibliche islamistische Parlamentsabgeordnete und Kommunalpolitikerinnen. In Marokko gelang – dank der in Übereinstimmung mit den Millenniumszielen eingeführten zehnprozentigen Frauenquote für das Parlament – im Jahr 2002 gleich mehreren Islamistinnen der Sprung ins Parlament. Doch ausgerechnet diese Abgeordneten stemmten sich mit Macht gegen die Familienrechtsreform von 2004, während einige männliche Mitglieder der Islamistenpartei die Reform als »übereinstimmend mit dem Islam« lobten. Die Autorinnen des Berichts über die

2. Im Jahr 2000 scheiterte im jordanischen Unterhaus ein Gesetzesvorhaben, das sogenannte »Ehren«-Morde an jungen Frauen und Mädchen unter schärfere Strafen stellen sollte. Mitglieder der Islamischen Aktionsfront stellten sich gegen den Entwurf, weil er angeblich »islamische Werte und den Zusammenhalt der Familie bedrohte«. 2004 und 2005 verhinderten Islamisten und Konservative im jordanischen Parlament die Verabschiedung mehrerer »temporärer« Gesetze, die König Abdallah seit dem Zeitpunkt der Suspendierung des Parlaments im Herbst 2002 verfügt hatte: Laut diesen vorläufigen Gesetzen hätten Jordaniens Frauen u.a. die Möglichkeit erhalten, ihre Staatsangehörigkeit an ihre Kinder weiterzugeben. Ein Gesetz zum Schutz von Frauen und Kindern vor häuslicher Gewalt wurde ebenfalls abgeschmettert.

arabischen Millenniumsziele bilanzieren nüchtern: »Aufgrund der gegebenen kulturellen und sozialen Normen und des sozialen Drucks bedeutet die Präsenz von Frauen in Parlamenten nicht notwendig, dass diese Frauen Gesetze unterstützen werden, die die Gleichberechtigung und das empowerment von Frauen fördern. Die Gleichstellung und das empowerment von Frauen müssen deshalb partizipativ und rights-based angegangen werden, und sie müssen Männer und Frauen einschließen« (MDGs in the Arab Region – Summary 2005. Quelle: www.escwa.org.lb).

Die genderpolitischen Ziele der meisten islamistischen Parteien und Gruppierungen sind – gelinde ausgedrückt – nicht wirklich innovativ. Konkrete Maßnahmen zur rechtlichen Gleichstellung von Frauen oder zum Schutz vor häuslicher Gewalt sind nicht vorgesehen. In ihren Programmen betonen die Islamisten in der Regel die Rolle der Frau als Mutter und Erzieherin künftiger Generationen von Muslimen. Die Lösung konkreter Alltagskonflikte und Genderthemen wird an die Wiederherstellung der idealen islamischen Gesellschaft geknüpft, und damit in die ferne Zukunft verlagert. Wie für die radikalen Linken der sechziger Jahre ist die Genderfrage auch für die politischen Islamisten offenbar ein »Nebenwiderspruch«. Priorität hat die Herstellung der idealen islamischen Gesellschaft, im Rahmen der Umma, der Gemeinschaft der Gläubigen, ähnlich wie einst bei den Linken die Errichtung der idealen sozialistischen Gesellschaft.

Instrumentalisierung der Genderthematik: Beispiel Marokko

Wie Genderthemen von IslamistInnen für übergeordnete politische Zwecke instrumentalisiert werden, lässt sich am Beispiel Marokkos aufzeigen. Die einflussreichsten islamistischen Akteure sind hier die im Parlament vertretene »Partei der Gerechtigkeit und Entwicklung« (Parti de la Justice et du Développement, PJD, offiziell drittstärkste Kraft bei den letzten Parlamentswahlen 2002, inoffiziell wahrscheinlich die stärkste Einzelpartei) sowie die außerparlamentarische Islamistenbewegung »Gerechtigkeit und Spiritualität« (Al-Adl wal Ihsane). Der Bewegung »Gerechtigkeit und Spiritualität«, gegründet in den siebziger Jahren von dem charismatischen Sufi Abdessalam Yassine, sollen in Marokko mindestens eine halbe Millionen Menschen angehören. Die Beliebtheit von »Gerechtigkeit und Spiritualität« beruht neben der Systemkritik nicht zuletzt auf der Offenheit ihres geistigen Führers für die konkreten Prob-

leme und Fragen moderner junger muslimischer Frauen. Weder »Gerechtigkeit und Spiritualität« noch die PJD haben bislang jedoch gezielte Vorschläge zur Verbesserung der rechtlichen Situation von Frauen und Mädchen in Marokko gemacht. Beide Gruppierungen haben in den vergangenen Jahren viel Energie darauf verwendet, die notwendige Reform des marokkanischen Familienrechtes als ein koloniales Projekt des »Westens« zu denunzieren, das zum Ziel habe, die marokkanische und muslimische Kultur zu zerstören. Als säkulare marokkanische Feministinnen im Rahmen des Weltmarsches der Frauen im Jahr 2000 eine Großdemonstration gegen Armut und Frauendiskriminierung in Rabat ankündigten, riefen die Islamisten zu einer Gegendemonstration in Casablanca auf. Dort marschierten die Aktivisten des PJD und der Bewegung »Gerechtigkeit und Spiritualität« gemeinsam, flankiert von vereinzelt erzkonservativen VertreterInnen nichtislamistischer Parteien, insbesondere der nationalistischen Istiqlal. Rückblickend hält der marokkanische Politologe Mohammed Tozy die Fokussierung der marokkanischen Islamisten auf die Frauenrechtsthematik für eine gezielte politische Strategie: »Die Islamisten interessierten sich nicht inhaltlich für die Frauenrechte, sondern sie benutzten das emotional aufgeladene Thema, um in der Diskussion zu bleiben und politisches Terrain zu gewinnen«, urteilt Tozy. »Ihnen geht es um die politische Macht.«

Ideologisch gibt es zwischen den außerparlamentarischen und den parlamentarischen Islamisten Marokkos zahlreiche Gemeinsamkeiten, aber auch Differenzen. Ein wesentlicher Unterschied ist die Position zur Legitimität der marokkanischen Monarchie: Während die PJD als parlamentarische Kraft gar nicht anders kann als die Monarchie anzuerkennen, macht »Gerechtigkeit und Spiritualität« in unregelmäßigen Abständen deutlich, dass man die Monarchie als politisches System für verzichtbar hält. »In der Zeit des Propheten gab es keine Erbherrschaft und auch keine Erbmonarchie«, erklärt eine junge Ärztin aus Casablanca, die zum inneren Machtzirkel von »Gerechtigkeit und Spiritualität« gehört. »Die Herrschaft war auf *Schura* und *Adl* aufgebaut, auf Konsultation und Gerechtigkeit. Die Monarchie als Erbherrschaft wurde der *Umma*, der Gemeinschaft der Gläubigen aufgezwungen.« Dies, so die junge Frau weiter, könne nicht die islamische Herrschaft sein kann. »Die Gläubigen sollten nach ihrem eigenen Willen regiert werden. Das Volk entscheidet, und nicht der Vater.«

Auch in Bezug auf die Genderpolitik gibt es zwischen »Gerechtigkeit und Spiritualität« und der PJD neben vielen Gemeinsamkeiten einige we-

sentliche Unterschiede. Die PJD stellt zwar proportional mehr weibliche Abgeordnete als alle anderen Parteien im marokkanischen Parlament. Dennoch propagiert sie eine konservative Rollenteilung, die der Frau in erster Linie eine Rolle als Mutter und Erzieherin künftiger Generationen zuweist. Die außerparlamentarische Bewegung »Gerechtigkeit und Spiritualität« dagegen spricht wesentlich gezielter junge Akademikerinnen an, die Karriere und islamische Familienwerte unter einen Hut bringen wollen. Als eine der ersten politischen Organisationen in Marokko führte die Bewegung eine Frauenquote von 20 Prozent in den höchsten Entscheidungsgremien ein. Der Frauenanteil an der Gesamtorganisation soll laut Sprecherin Nadia Yassine bei 30 Prozent liegen.

Die Kommunikation mit der jungen Generation läuft unter anderem über Sitzungen, die regelmäßig in Abdessalam Yassines Reihenhause in Rabat-Salé stattfinden. Nach Geschlechtern getrennt können engagierte »Schwestern« und »Brüder« bei diesen Gelegenheiten persönlich Fragen an den geistigen Führer der Bewegung, Abdessalam Yassine, richten. Welche Rechte hat die Frau im Islam?, fragt eine Studentin. Der betagte Yassine verweist auf sein Buch »Die Erleuchtung der gläubigen Schwestern«, und erklärt, dass der »wahre Islam« viel fortschrittlicher sei als die geltenden marokkanischen Gesetze. Laut dem Koran und der Tradition des Propheten könne die Frau zum Beispiel selbst einen Ehevertrag abschließen. Auch Familienplanung sei erlaubt. »Was bringt es denn, wenn die Muslime sich vermehren wie Kaninchen?« wirft Yassine provokant in die Runde. »Wir wollen das Wie und nicht das Wieviel. Verhütungsmittel wie die Pille sind laut Scharia für befristete Zeit nicht nur erlaubt, sondern sogar erwünscht: im Interesse der künftigen Generationen.«

Auf die Frage nach der Gewalt erklärt Yassine, Musliminnen und Muslime seien im Alltag vielen Anfeindungen ausgesetzt; doch sie dürften deshalb nicht zur Gewalt greifen, sondern müssten friedlich Widerstand leisten. Nur so könne man andere von der Überlegenheit des Islams überzeugen.

Wie ernst »Gerechtigkeit und Spiritualität« die propagierte Gewaltfreiheit und die Modernität in einer islamischen Republik Marokko nehmen würde, bleibt indes offen. Auf die Frage, ob in dem von ihr angestrebten islamischen Staat auch das Strafrecht auf der Scharia basieren und die sogenannten »Körperstrafen« (Hudud) gelten sollten, zum Beispiel die Auspeitschung wegen Ehebruchs oder das Handabhacken wegen Diebstahls, weicht Nadia Yassine, Tochter von Abdessalam Yassine und offizielle Sprecherin der Bewegung, aus: »Zu sagen: Nein, das

Handabhacken existiert nicht, wäre falsch. Aber der Kalif Omar hat ein Jahr nach dem Tod des Propheten das Handabhacken wegen einer Hungersnot suspendiert. Wenn irgendwann einmal eine stabile islamische Ordnung existiert, vielleicht kommen wir dann auf dieses Strafrecht zurück. Aber das wäre eine demokratische Entscheidung des Parlamentes.« Nadia Yassine gibt deutlich zu verstehen, was sie will: die politische Macht und eine gerechtere Verteilung von Ressourcen und Wohlstand in Marokko. Auf konkrete menschenrechtliche und genderpolitische Standards lässt sie sich jedoch nicht festlegen.

»Wir wollen keinen Feminismus à la Simone de Beauvoir von der Stange. Wir wollen einen Feminismus, der zu unserer Kultur passt«, unterstrich Nadia Yassine im Frühjahr 2004 ihre Haltung in einem Interview mit dem Fernsehsender ARTE. Mit solch demagogischen Äußerungen und mit ihrem Buch »Alle Schleier/Segel heraus!« (*Toutes voiles dehors!*) bedient Nadia Yassine zum einen das Bedürfnis vieler junger Marokkanerinnen nach Identität und Orientierung. Aber auch im Westen fallen solche Ideen auf fruchtbaren Boden, denn einfache kulturalistische Dichotomien und plakative Wir-Ihr-Denkschablonen sind leichter zu handhaben als die Vielfalt der Lebenswirklichkeiten von Frauen und Männern im globalen Kontext.

Nicht nur in Marokko, überall in der arabischen Welt behaupten islamistische Gruppierungen, das Rezept für wahre Gleichberechtigung der Frauen zu besitzen: denn nur sie thematisierten die angeblich »wahren« Probleme der arabischen Gesellschaften, als da wären: Armut, Willkürherrschaft, Werteverfall, Identitätskrise, Abkehr von der Religion. Wie demagogisch und wirklichkeitsfern diese Argumentation ist, zeigt der an sich banale Verweis auf die reicheren arabischen Nationen: Wenn Armut und soziale Ungerechtigkeit tatsächlich die Ursache von Frauenunterdrückung sein sollen, warum werden dann gerade in den relativ wohlhabenden arabischen Ländern wie Saudi-Arabien oder den arabischen Golfstaaten Frauen und Mädchen besonders massiv diskriminiert? Aus islamistischer Sicht ist allerdings auch dieses Argument nicht stichhaltig, da die Golf-Staaten und Saudi-Arabien ja nicht den »wahren Islam« umsetzten. Doch wer definiert, was der »wahre Islam« ist?

Schlussfolgerungen

In einem Bericht für das Euro-Mediterranean Human Rights Network, der im Jahr 2003 veröffentlicht wurde, schreiben die marokkanische Frauenrechtsaktivistin Rabea Naciri und ihre palästinensische Kollegin Isis Nusair: »Im Kontext des 11. September 2001 halten sich Regierungen des Südens immer weniger an Menschenrechte ... Außerdem ist eine Tendenz bei den arabischen Regierungen wie auch in den EU-Institutionen zu erkennen, Frauenrechte als Angelegenheit religiöser Normen und kultureller Traditionen anzusehen und diese damit auf lokale Bedeutung herunterzustufen ... Diverse islamische Gruppen in der Region sind absolut gegen die Frauenrechtsbewegung. Diese Gruppen behaupten, dass internationale Menschenrechtsinstrumente Werkzeuge einer riesigen Konspiration gegen den Islam und die Arabischen Länder seien. Sie sind deshalb gegen Frauenorganisationen, die die allgemeinen Menschenrechte zur Grundlage ihrer Arbeit machen.«

Individuen und Gruppen, die auf pluralistischer, säkularer Basis für Frauen- und Menschenrechte eintreten, geraten in der arabischen Welt zunehmend unter Legitimationsdruck. Daraus jedoch zu schließen, IslamistInnen seien »repräsentativer« für ihre Gesellschaften, wäre fatal. Zweifellos muss das Bedürfnis vieler Muslime und Musliminnen nach Differenz und Identität sehr ernst genommen werden, ebenso wie die Popularität der Islamisten bei der breiten Masse. »Die außerparlamentarische Massenbewegung von Abdessalam Yassine ist sehr erfolgreich bei der Mobilisierung der Unterschicht und der Arbeitslosen in Marokko«, stellt die marokkanische Anthropologin Jamila Bargach fest. »In der Mittel- und Oberschicht dagegen geht es meist vor allem um die Identität. Man grenzt sich gegen den Westen ab, will die eigene Kultur bewahren.« Doch Diskurse, die auf eindimensionalen Identitätskonstrukten basieren, führen in eine Sackgasse. Das Recht auf eine multiple Identität, die immer wieder hinterfragt und neu zusammengesetzt werden kann, muss in der Auseinandersetzung mit Islamisten und insbesondere mit den islamistischen Eliten offensiv verteidigt werden. Letztlich geht es um die persönliche Freiheit, die für die Mehrzahl der MuslimInnen weltweit ein genauso hohes Gut ist wie für BürgerInnen westlicher Demokratien.

Islamistische Organisationen verweisen meist darauf, dass in einer sozial gerechten, verlässlichen »islamischen« Ordnung die Benachteiligung von Frauen von selbst verschwinden würde. Keine der islamistischen Organisationen oder Parteien, auch nicht die mit Frauenquote wie »Gerech-

tigkeit und Spiritualität« in Marokko, hat aber bislang brauchbare eigene Vorschläge zur Reform des islamischen Familienrechts vorgelegt. In der Regel haben die Organisationen nur auf die Vorschläge anderer reagiert, und zwar meistens negativ. Der Grund liegt auf der Hand: eine emanzipatorische, modernitätskompatible, wirksame Genderpolitik kann aus dem Islam allein nicht begründet werden. Ernstzunehmende Rechtsreformen zugunsten von Frauen wurden in der arabischen Welt in den vergangenen Jahren dort erzielt, wo sich die Akteure gleichzeitig auf universale Menschenrechtsinstrumente und auf islamische Rechtstraditionen beriefen – siehe die Thronrede des marokkanischen Königs vom 10. Oktober 2003, und seine Begründung für die Reform des marokkanischen Personenstandsrechtes. Wirksam werden solche Reformen aber nur, wenn es einen Rechtsstaat gibt, der für ihre Durchsetzung sorgt. Die Schwäche des Rechtsstaates (rule of law) in der arabischen Welt ist die Stärke der Islamisten. In der Zusammenarbeit mit arabischen Gesellschaften und Regierungen müssen die Bemühungen um Frauenemanzipation deshalb grundsätzlich mit der Förderung des Rechtsstaates verknüpft sein.

Zum Weiterlesen:

- Badran, Margot (2005): »Islamischer Feminismus ist ein weltweiter Diskurs«. Interview mit Yoginder Sikand. Auf Deutsch unter www.qantara.de, auf Englisch: ©islam-interfaith.org (2005).
- Daoud, Zakia (1994): *Féminisme et Politique au Maghreb*. Paris.
- Doumato, Eleanor/Pripstein Posusney, Marsha (2003): *Women and Globalization in the Arab Middle East: Gender, Economy, and Society*. Boulder.
- Harders, Cilja (2003): »Geschlechterverhältnisse als leeres Zentrum. Gender im Arabischen Entwicklungsbericht AHDR«. In: *INAMO* 36/2003.
- Human Rights Watch (2004) Honoring the Killers: Justice Denied For »Honor« Crimes In Jordan. (<http://hrw.org/reports/2004/jordano404/>).
- Jürgensen, Carsten (2004): »Die arabische Frauengleichstellungsdebatte«. In: Faath, Sigrid (Hrsg.) (2004): *Politische und gesellschaftliche Debatten in Nordafrika, Nah- und Mittelost*. Hamburg.
- Naciri, Rabea und Nusair, Isis (2003): *Die Rechte arabischer Frauen und die Euro-Mediterrane Partnerschaft*. (Englisch und Französisch) Herausgegeben vom Euro-Mediterranean Human Rights Network (EMHRN). Kopenhagen. Abrufbar im Internet.
- Oussedik, Fatma (2004): »Die Frauengleichstellungsdebatte aus der Sicht einer arabischen Frauenrechtsaktivistin«. In: Faath, Sigrid (Hrsg.) (2004), op. cit.
- United Nations: MDGs in the Arab Region (2005): Summary. (www.escwa.org.lb).